

Aus Bund und Ländern

**Arzneimittelpreise:
plus 0,8 Prozent**

BONN/KÖLN. Der „GKV-Arzneimittelindex“, der monatlich vom Wissenschaftlichen Institut der Ortskrankenkassen (WIdO), Bonn, zusammen mit dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (ZI), Köln, errechnet wird, weist für Mai 1987 einen Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr von 0,8 Prozent aus.

Die Hauptversammlung des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie beschloß am 4. Juni 1987 in Köln, den Preisstillhalteappell vom 21. Oktober 1985 bis zur nächsten Frühjahrsrunde der Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (März 1988) zu verlängern. Der Preismaßhalteappell des Verbandes besagt, daß die Preise für Arzneimittel zu Herstellerabgabepreisen nur halb so schnell steigen sollen wie der Zuwachs der Grundlohnsumme der gesetzlich Versicherten. EB

**Hilfe für
Afghanistan**

BONN/HAMBURG. Zwei Organisationen für Afghanistan-Hilfe (siehe dazu den DÄ-Titel Heft 33!) bitten um Hilfe:

① Der Verein für afghanische Flüchtlingshilfe e. V. sucht Ärzte und Krankenhäuser, die bereit sind, **schwerverletzte afghanische Kriegsoffer** aufzunehmen. Es handelt sich in den meisten Fällen um polytraumatisierte Patienten mit kriegsbedingten Knochen- und Weichteilverletzungen. Außerdem werden Behandlungsmöglichkeiten in den Bereichen Augenheilkunde sowie Kiefer-, Neuro- und Kinderchirurgie gesucht. (Kontaktadresse: Verein für afghanische Flüchtlingshilfe e. V., 5300 Bonn 1, Kaiserplatz 3, Tel. 02 28/22 55 03.)

② Das Komitee zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge in Afghanistan e. V. (KUPFA) beschäftigt sich mit dem Aufbau einer Frauenklinik in Peshawar. Da der islamische Glaube eine Betreuung der Frauen nur durch Geschlechtsgenossinnen zuläßt, sucht KUPFA dringend **weibliches, medizinisches Personal**. Für eine drei- bis sechsmonatige Tätigkeit stellt KUPFA Unterkunft, Verpflegung und ein kleines Taschengeld zur Verfügung. (Kontaktadresse: KUPFA e. V., Klosterallee 78, 2000 Hamburg 13, Tel. 0 40/4 20 50 33.) sk

**Cronenberg: Gegen
Totalversorgung**

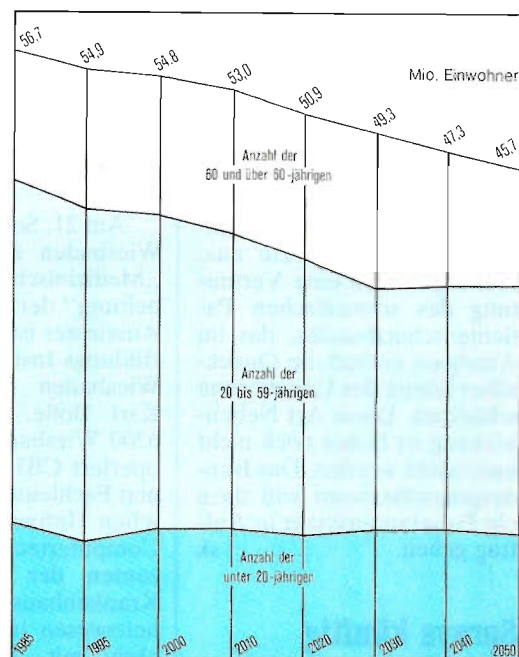
MESCHEDE. Für eine Durchforstung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung und eine Überprüfung des Sachleistungssystems hat sich der Vorsitzende des sozialpolitischen Arbeitskreises der FDP-Bundestagsfraktion, Dieter-Julius Cronenberg, ausgesprochen. Infolge verbesserten Einkommensverhältnisse sei es möglich, die konsumartigen Ausgaben der Krankenkassen in den Verantwortungsbereich des Versicherten zurückzuverlagern und steuerungswirksame, sozial verträgliche Selbstbeteiligungsmodelle zu erproben.

Cronenberg, der seit Anfang Juni auch Mitglied der Kleinen Koalitionsarbeitsgruppe zur Vorbereitung der Strukturreform im Gesundheitswesen ist, plädiert für eine Überprüfung des Mitgliedschafts- und Beitragsrechts zu den Krankenkassen. Auch die Arbeiter sollten die Krankenkasse wählen können.

Die Ärzte und Zahnärzte lobte Cronenberg ob ihrer „moderaten Honorarvereinbarungen in den letzten Jahren“. Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen würde, daß die Umstrukturierungen in den kassenärztlichen

**Prognose zur Entwicklung unserer
Bevölkerung (optimistische Variante)**

Seit Anfang der siebziger Jahre ist die Zahl der Einwohner der Bundesrepublik Deutschland um etwa 2,5 Millionen zurückgegangen; sie schrumpft Jahr für Jahr um 150 000 bis 200 000 Personen. Das entspricht der Einwohnerzahl von Mainz, Freiburg oder Kassel. Diese Entwicklung hat sich etwas verlangsamt: Im Jahr 1986 wurden 624 000



Quelle: Dr. Proebsting, Stat. Bundesamt, in der Kinderzahl 1984

Neugeborene gezählt (1966 waren es noch weit über 1 Million) – immerhin 40 000 mehr als im Jahr zuvor. Gleichzeitig wurden 700 000 Sterbefälle verzeichnet. Dennoch dürfte sich in den kommenden 50 Jahren der Schrumpfungprozess verstärken

und kassenzahnärztlichen Gebührenordnungen zum Teil zu „zweistelligen Einkommenseinbußen in den einzelnen Leistungsbereichen“ führen würden. Mit den Umstrukturierungen im Zuge der Reform des EBM hätten die Selbstverwaltungen bewiesen, daß sie zum Verzicht bereit seien und sich an medizinischen Prioritäten orientierten. HC

**Plädoyer für straffere
Geräte-Planung**

MÜNCHEN. Für eine erneute Änderung der erst im Frühjahr 1986 in Kraft getretenen und vom Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen im Dezember 1985 beschlossenen „Großgeräte-Richtlinien-Ärzte“ hat sich der Geschäftsführer des Landesverbandes der Allgemeinen Ortskrankenkassen in Bayern, Hans Sitzmann, ausgesprochen. Nach seiner

Meinung liefen alle Planungs- und Abstimmungsobliegenheiten des ambulanten Sektors ins Leere, wie die tatsächliche Entwicklung und die Überkapazitäten belegten.

Aus der Sicht der Ortskrankenkassen sei es ein Ärgernis, daß viele Hersteller von Großgeräten sowohl die niedergelassenen Ärzte als auch Kliniken mit „Lockangeboten“ und kostenfreien Probeinstallationen überhäufeten. Vielfach würden „Kombinationsgeräte“ auf den Markt gebracht, deren „Basisangebot“ zunächst nicht abstimmungspflichtig sei. Erst nach einem Einstieg und einem vom Hersteller inszenierten Probelauf käme es dann zu kostentreibenden überdimensionierten Installationen. Sitzmanns Forderung daher: Sämtliche Großgeräte, die auf- und umrüstbar sind, sollten von *vornherein* der *Abstimmungspflicht* übergeänderte Richtlinien unterworfen werden. EB